

**DER ANDERE BLICK**

von Morten Freidel, Berlin

Für die Grünen ist das Windrad ein Heilsbringer. Sie verweigern sich jeder notwendigen Korrektur der Energiewende

Deutschlands Wirtschaftsministerin Katherina Reiche will die Betreiber von Erneuerbaren Energien mit einem neuen Gesetz an den Kosten des Gesamtsystems beteiligen. Das ist überfällig. Doch die Grünen sind für Argumente kaum noch zu erreichen.

10.02.2026, 18.21 Uhr ⌚ 4 Leseminuten



Illustration Sophia Kissling

Sie lesen einen Auszug aus dem Newsletter «Der andere Blick am Abend», heute von Morten Freidel, stellvertretender Chefredaktor der NZZ

Deutschland. Abonnieren Sie den Newsletter kostenlos. Nicht in Deutschland wohnhaft? Hier profitieren.

Es ist hilfreich, sich für einen Moment Deutschlands Ausgangslage zu vergegenwärtigen. Das Land hat die erneuerbaren Energien in den vergangenen 25 Jahren mit mehr als zweihundert Milliarden Euro gefördert, und dennoch einen der höchsten Strompreise der Welt. Es ist aus der klimaschonenden Kernenergie ausgestiegen, und will doch vor allen anderen wichtigen Industriestaaten der Erde klimaneutral werden. Schon jetzt ist die Deindustrialisierung des Landes in vollem Gange, dabei stehen die härtesten Jahre erst bevor.

Eine überwältigende Mehrheit der Bürger ist überzeugt, dass die Klimaneutralität 2045 für Deutschland unerreichbar ist; trotzdem wird nicht einmal in der CDU ernsthaft darüber diskutiert, die nationalen Klimaziele abzuschwächen und an die europäischen anzugleichen. Ein entsprechender Antrag von Wirtschafts- und Sozialunion wurde soeben parteiintern abgeräumt, bevor er auf dem kommenden Bundesparteitag zur Abstimmung gestellt werden konnte. Der Kaiser ist nackt, aber niemand darf es aussprechen. Soweit der Status quo.

Nun hat Wirtschaftsministerin Reiche zaghafte Veränderungen in Aussicht gestellt. Sie will die bisherige Energiewende einer Revision unterziehen. Im Wesentlichen möchte sie den Netzbetreibern mehr Freiheiten einräumen und die Betreiber von Windrädern und Solaranlagen stärker an den Kosten des Gesamtsystems beteiligen.

All das ist überfällig. Wer ein Windrad bauen wollte, musste sich bisher nie die Frage stellen, ob es in der Gegend überhaupt gebraucht wurde. Geld bekam er so oder so, selbst wenn der Strom nicht ins Netz

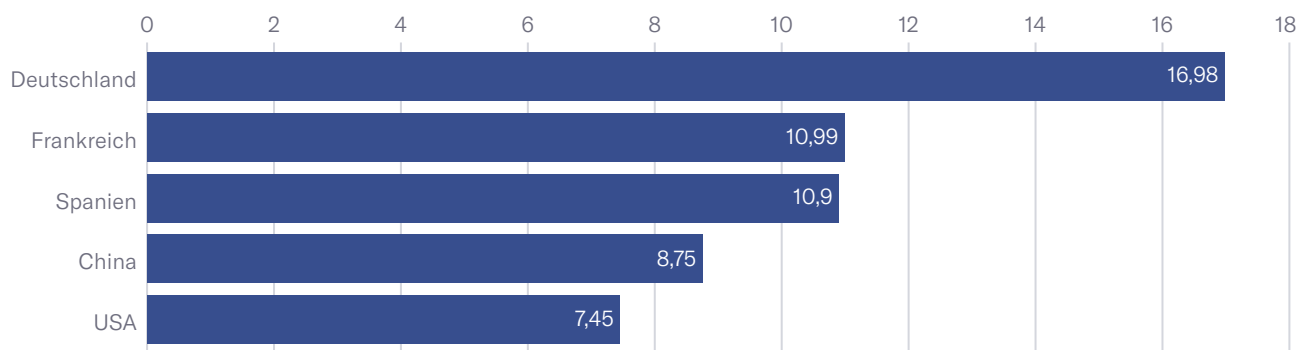
eingespeist werden konnte. Zudem mussten manche Unternehmen jahrelang auf einen Stromanschluss warten, weil die Netzbetreiber bisher jedes Anschlussbegehren der Reihe nach abarbeiten mussten, egal wie unwichtig und unrealistisch die Vorhaben auch waren.

Was Reiche vorhat, ist das Mindeste

Diese Regelungen stammten aus einer Zeit, in der Politiker meinten, Erneuerbare gegen alle Widerstände fördern zu müssen, um ihnen zum Durchbruch zu verhelfen. Doch das ist längst Vergangenheit. Heute muss man die Betreiber von Windrädern und Solaranlagen in die Verantwortung zwingen, ökonomisch sinnvolle Entscheidungen zu treffen. Was Reiche vorhat, ist also das Mindeste, um zu einer vernunftgeleiteten Energiepolitik in Deutschland zurückzukehren.

Strom in Deutschland am teuersten

Strompreise je Kilowattstunde, in Cent¹



¹ Für Unternehmen mit einer jährlichen Abnahmemenge zwischen 20 Millionen und 50 Millionen Kilowattstunden, 2024 (für die USA und China 2023).

Quelle: Frontier Economics

NZZ / mfi.

Und doch kannte die Empörung der Grünen keine Grenzen. Der frühere Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Sven Giegold, nannte Reiches Vorhaben eine «Zubaublockade per Gesetz». Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Katharina Dröge, sprach von einem «harten Angriff auf die Energiewende», ihr Stellvertreter gleich von einem Angriff auf die Erneuerbaren per se.

Das zeigt, worum es dieser Partei in Wahrheit geht. Die erneuerbaren Energien sind ihr zum Selbstzweck geworden. Ihre Mitglieder empfinden jeden Versuch, deren Ausbau abzubremsen, als Generalangriff. Sogar dann, wenn es wie bei Reiches Vorstoss darum geht, Kosten zu senken und Klimaschutz effizienter zu gestalten.

Die Grünen machen sich so zum Fürsprecher der Windkraft- und Solarlobby. Doch es geht hier um mehr. Die Partei betrachtet sich selbst gern als aufklärerisch. Sie verweist auf die Grenzen der planetaren Belastbarkeit und prangert einen vermeintlich unverantwortlichen Ressourceneinsatz der Industrienationen an. Historisch hat dieses Selbstverständnis durchaus seine Berechtigung.

Die Energiewende als Umwälzungsprogramm

Wie keine andere Partei in Deutschland haben die Grünen den Bürgern vor Augen geführt, dass wirtschaftliches Wachstum häufig mit Naturzerstörung einhergeht. Sie haben ihnen klargemacht, dass zwischen diesen Gütern abgewogen werden muss. Und doch scheitern ausgerechnet sie heute wie kaum jemand sonst an dieser Abwägung.

Nicht einmal die ökonomische Krisensituation, in der sich Deutschland befindet, konnte daran etwas ändern. Windräder müssen Vorrang haben, koste es, was es wolle. Der tiefere Grund dafür liegt ironischerweise bei den bürgerlichen Parteien. In dem Masse, in dem sie auf den Kurs der Grünen einschwenkten, radikalisierten sich Teile der Partei. Es reichte nun nicht mehr, auf rationalen Naturschutz zu pochen. Er musste schon besonders rein sein, um sich noch von den Wettbewerbern abzusetzen.

Die Wurzeln dieser Haltung reichen tief. Schon immer war die Energiewende für einige Linke mehr als ein Vorhaben, um klimaneutral zu werden. Es ist für sie ein sozialistisches Umwälzungsprogramm, mit dem die Macht von Grosskonzernen gebrochen und das Leben möglichst hierarchiefrei gestaltet werden soll. Das Windrad ist dann mehr als nur ein Kraftwerk, um möglichst ressourcenschonend Energie zu erzeugen. Es ist ein Heilsbringer.

Doch wer Klimaschutz zur Religion erhebt, statt zu einem rational zu bewältigenden Programm, geht ein grosses Risiko ein. Er muss aufpassen, dass die Bürger nicht den Glauben verlieren. Sonst bleibt am Ende nichts mehr davon übrig ausser den Mahnmalen einer untergegangenen Frömmigkeit.

131 Kommentare

Georg SD 12.02.2026

[2 Empfehlungen](#)

Klimaschutz besteht aus 2 Teilen: dem Schutz vor dem Klimawandel und dem Schutz vor den Folgen des Klimawandels. Der Schutz vor dem Klimawandel ist eine globale Aufgabe. Sie kann nur global gelöst werden also nur, wenn alle Nationen mitmachen jedenfalls aber alle relevanten Emittenten. Das ist evident nicht der Fall. Jede für dieses Ziel eingesetzte Ressource einzelner Staaten ist dann ungeeignet, also verschwendet. Sie fehlt dann für den Schutz vor den Folgen. Den kann und muss jedes Land selbst leisten. Also sieht es im Ergebnis so aus: der Schutz vor dem Wandel kann nicht gelingen und für den Schutz vor den Folgen fehlen die Mittel. Klingt nach einer Bankrotterklärung der Klimapolitik.

Detlev Piecha 12.02.2026

Betreibt Deutschlands Wirtschaftsministerin Katherina Reiche da nicht zunehmend eine Politik im Bereich der „Erneuerbaren Energien“, die sich den Trumpschen „Visionen“ annähern und die Entwicklung der „Erneuerbaren“ wieder wie unter Peter Altmaier auch unter Preisgabe deutscher Solar-Patente etwa den Chinesen überläßt? Altmaier war damals vor dem Druck der „Petro-Industrie“ eingebrochen und Reiche scheint sich diesem Druck ähnlich zu beugen. Darf daran erinnern, daß die seit dem 6. Mai 2025 tätige Bundesministerin für Wirtschaft und Energie zuvor Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG, die - wie ihre Muttergesellschaft E.ON - auch im Bereich Gas und Gasnetze tätig gewesen ist. Tja, da lobt man sich die Grünen mit ihrem Robert Habeck, denn Kinderbuchautoren haben zumindest die reichere Phantasie und können sich z. B. besser vorstellen, daß kalte Winter meeeehr Gas verbrauchen als warme Sommer, was Frau Reiche bekanntlich nicht gelungen ist? Es hat etwas Merk-Würdiges, wenn die Autorin meint, daß „wer Klimaschutz zur Religion erhebt, statt zu einem rational zu bewältigenden Programm,“ ein „grosses Risiko“ eingehe und aufpassen müsse, dass die Bürger nicht den Glauben verlieren, weil sonst nur „Mahnmale einer untergegangenen

Frömmigkeit“ übrig blieben. Aber das „große Risiko“, sich mit einer früheren Lobbyistin der Gas-Industrie in eine neue Abhängigkeit etwa der Trumpschen Klima- und Umwelt-Politik zu begeben, sieht Schiller offenbar <eyes wide shut> nicht? Btw: Jenseits aller konfessionell gebundenen, letztlich dogmatisch in Kirchen-Hierarchien erstarrten Religionen, ist die Sorge um die Natur und die Schöpfung in der Tat zutiefst „religiös“. Erwinnere an Goethes „Natur (1783): „Natur! Wir sind von ihr umgeben und umschlungen – unvernünftig, aus ihr herauszutreten, und unvernünftig tiefer in sie hineinzukommen. Ungebeten und ungewarnt nimmt sie uns in den Kreislauf ihres Tanzes auf und treibt sich mit uns fort, bis wir ermüdet sind und ihrem Arme entfallen....“

Alle Kommentare anzeigen